

# Quo vadis Deutschland? Ein Rück- und Ausblick

von Brigitte Pick

So nannte die Stiftung für Zukunftsfragen schon 2009 ihre Befragung der Bundesdeutschen, in welcher Art Land sie gerne leben würden und ermittelte, dass weit vor der „Freiheit“ eine Sozial- und Hilfeleistungsgesellschaft Vorrang hätte. Soziale Gerechtigkeit (74 %), Freundschaft (66 %) und Hilfsbereitschaft (64 %) führten die Liste 2008 schon an.<sup>1</sup>

2013 ist Wahljahr. Die Bundestagswahl beginnt im Sommer. Niedersachsen wählt am 20. Januar, Schleswig-Holstein seine Landtage im Mai. Die Zeit der Volksparteien ist vorbei, neue Ideen und Parteien reüssieren nicht oder werden durch die Beteiligung an der Macht korrumpiert. Gerade macht die schwarz - gelbe Koalition vor, was man Nepotismus nennt. Sie versorgt ihre Parteifreunde neun Monate vor der Wahl mit hoch dotierten Beamtenposten in der Verwaltung. Genannt werden vom Spiegel Philipp Rösler, Peter Altmaier und Wolfgang Schäuble als Jobgeber unter Parteifreunden.<sup>2</sup>

Das restriktive wahabitische Saudi- Arabien mit seiner absolutistischen Monarchie, das schwere Menschenrechtsverletzungen begeht, wurde 2012 der größte Empfänger deutscher Rüstungsgüter. „Staatssekretär Hans- Joachim Otto (FDP aus dem Bundeswirtschaftsministerium B.P.) nannte für 2012 bis zum Stichtag 1. Dezember einen Lieferumfang von 1,335 Milliarden Euro. Größter Posten ist das Grenzsicherungssystem, das der Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS errichtet. Die Kosten dafür werden inklusive Software und Technologie auf 1,1 Milliarden Euro veranschlagt. Daneben seien Ausfuhrgenehmigungen für unbemannte Luftfahrzeuge, Radare, Stromerzeugungsaggregate, Ersatzteile für Schiffe sowie Zulieferungen für Panzer, Hubschrauber, Kampfflugzeuge, Gewehre und Haubitzen erteilt worden, schrieb Otto.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Zitiert nach Jörg Schindler: Die Rüpelrepublik, Scherz Frankfurt a.M. 2012, S. 233/34  
<http://www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/forschung/publikationen.html>

<sup>2</sup> Vetternwirtschaft in der Koalition? AFP Tagesspiegel vom 31.12.2012

<sup>3</sup> Risiko Riad von Matthias Meisner im Tagesspiegel vom 31.12. 2012

„Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich erst Anfang des Monats zu den Rüstungsgeschäften mit Saudi-Arabien bekannt. Regierungssprecher Steffen Seibert sagte damals, das Königreich sei ein „Stabilitätsfaktor“. Er versicherte, die Prüfung erfolge in jedem Einzelfall nach „menschenrechtlichen, sicherheitspolitischen, friedenpolitischen und stabilitätspolitischen Kriterien“.<sup>4</sup> Ironisch unkte der Linken- Abgeordnete van Aken, das sei Merkels Beitrag zum arabischen Frühling. Die Bewaffnung der Saudis soll auch gegen den schiitischen Iran gerichtet sein und unterstützt in den arabischen Staaten fundamentalistische Radikale wie die Salafisten. Die Gefahr eines Weltbrandes bleibt und wächst stetig.

Wen wundert es da noch, dass die größte Partei die der Nichtwähler ist, denen mangelndes Demokratieverständnis unterstellt wird.

Wissenschaftsautor Stefan Klein schreibt: „Überleben konnten nur Gemeinschaften, in denen Menschen füreinander einstanden. Solidarität auf allen Ebenen zahlte sich aus: Familien, die besser zusammenhielten als andere, brachten mehr Nachkommen durch. Clans, die sich das Vertrauen ihrer Nachbarn erwarben, konnten eintauschen, was ihnen fehlte. Und Stämme, in denen die Clans ihre Interessen denen des Volks unterordneten, vergeudeten weniger Kraft mit inneren Querelen. Ein Haufen dagegen, in dem jeder zuerst auf seinen eignen Vorteil schaute, dürfte in den Wirren der Vorgeschichte schlechte Karten gehabt haben.“<sup>5</sup> Der Soziologe Ulrich Beck konstatierte nach dem zweiten Weltkrieg einen gesellschaftlichen Individualisierungsschub von bislang unerkannter Reichweite und Dynamik.<sup>6</sup>

„Anfang der 1980er Jahre dann fiel dem Individualismus - im Gefolge der amerikanischen Reaganomics und des britischen Thatcherismus - allmählich der ganze Staat in die Hände. Alles wurde nun liberalisiert, also befreit: der Handel von seinen Schranken, der Markt von seinen Restriktionen, die Arbeit von ihrem Schutz, die Banken von ihrer Aufsicht, die Welt von ihren Grenzen, der Mensch von seiner Privatsphäre. Deregulierung hieß das für die Wirtschaft, Eigenverantwortung für den Einzelnen. Das klang gut und ging

---

<sup>4</sup> ders.

<sup>5</sup> Stefan Klein: Der Sinn des Gebens, Frankfurt 2010, S. 156, zitiert nach Jörg Schindler: Die Rüpelrepublik, Frankfurt a.M. 2012, S. 70

<sup>6</sup> Ulrich Beck: Risikogesellschaft, edition suhrkamp 1986, S. 116, zitiert nach Stefan Klein, a.a.O. S. 81

auch eine Weile gut. Aber nach und nach zeigte sich, dass mit der vollständigen Deregulierung auch unseres Alltags das eine oder andere auf der Strecke blieb. Ungehindert verbreiteten sich >eine exzessiv individualistische Charakterprägung und entsprechende Verhaltensweisen.>.<sup>7</sup>

Begleitet wir das durch die Ablenkungsindustrie der Medien, Politik und Wirtschaft und den immer gleich lautenden Parolen: Streng dich an und du wirst Erfolg haben. Wenn nicht, bist du selber Schuld.

## **Armut und Gesundheit**

„...Die Lebensverhältnisse driften zusehends auseinander, die sozialen Ungleichheiten nehmen zu- das lässt sich eben auch an Gesundheitsdaten ablesen. Die Lebenserwartung differiert um bis zu zehn Jahren zwischen Personen mit hohem und niedrigem Einkommen. Oder nehmen Sie chronische Krankheiten: Menschen mit niedrigem sozialen Status haben ein bis zu dreifach erhöhtes Risiko, Diabetes oder eine chronische Bronchitis zu bekommen.

*Manche Menschen denken: Die Dicken und Kranken sind doch selber schuld. Sollen sie halt gesünder essen, weniger rauchen und den Hintern hochbekommen.*

Das ist die „Blaming the victim“-Strategie - das Opfer beschuldigen. Es ist ziemlich verachtend, so daranzugehen. Armut wird vererbt, von Generation zu Generation, es ist schwer, da rauszukommen. Es ist nur zum Teil eine individuelle Entscheidung, wie gesund man lebt. Wer zu Haus nicht das Richtige gelernt hat, wer Angst um seinen Arbeitsplatz hat, wer wenig verdient- der hat nicht die gleichen Möglichkeiten, sich um seine Gesundheit zu sorgen wie jemand mit besseren Voraussetzungen....“<sup>8</sup>

Die neueste Arbeitsmarktstudie der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler- Stiftung ermittelte, dass inzwischen der Anteil von Leiharbeit, Mini- und Midijobs in Teilzeit oder befristet von 20 % vor zwanzig Jahren auf mehr als ein Drittel gestiegen ist. Die Frauen sind davon besonders betroffen. Nur 45 % arbeiten in einem normalen Arbeitsverhältnis, bei den Männern sind es 87 %. Laut Statistik

---

<sup>7</sup> Wolfgang Kiener, Johannes Weise: Die Individualismusfalle, dtv München 2008, S.36 zitiert nach Stefan Klein a.a.O. S.82

<sup>8</sup> Interview mit dem Epidemiologen Thomas Lampert vom Robert Koch Institut im Stern Nr. 51/ 2012

der Bundesagentur für Arbeit sind das inzwischen 7,4 Millionen Minijobber, vor zehn Jahren waren es rund 5 Millionen. Besonders betroffen sind das Gastgewerbe, das Gesundheitswesen, das Erziehungswesen sowie sonstige Dienstleistungen. So lässt sich der Faktor Arbeit optimal und passgenau nutzen, schreiben zynisch die Arbeitsmarktforscher der Bundesagentur für Arbeit.<sup>9</sup> Es gilt der Profit und nicht der Mensch.

14 % bis 16 % sind seit Jahren von Armut betroffen, ermittelt der „Schattenbericht“ der Nationalen Armutskonferenz Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Betroffeneneneinrichtungen.<sup>10</sup> Die NAK spricht von gewollter Armut und lehnt z.B. die Lebensleistungsrente der Frau von der Leyen ab, da alle, die die Pflichtbeitragszeiten nicht erreichen können, wieder aus dem Raster fallen.

Der letzte große Bericht über Armutsgefährdung ist der des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und wurde am 20.12.2012 vorgelegt. Der Verbandsgeschäftsführer Ulrich Schneider spricht von 12,4 Millionen Armutsgefährdeten, ein Anstieg von einer halben Million Menschen seit 2010. Trotz des Sinkens der Arbeitslosenzahlen und der Hartz-IV Bezieher ist eine Amerikanisierung der Verhältnisse festzustellen. Der Niedriglohnsektor wächst stetig. Der letzte Versuch zu Lohndumping läuft über sogenannte Werkverträge. BMW in Leipzig stellte 2000 Werkvertragler ein, in der Ernährungsindustrie sollen es bereits 57 % der Beschäftigten sein. Die Bezahlung liegt noch unter denen der Leiharbeiter.<sup>11</sup> Alarmierend ist die Entwicklung in Berlin und im Ruhrgebiet. Hier leiden die Menschen immer noch unter einem Strukturwandel, der nicht abgeschlossen ist, wie in den Bundesländern Bayern oder Baden-Württemberg<sup>12</sup>.

Der letzte Armutsbericht wurde von der Bundesregierung umgeschrieben. „Während in einer ersten Fassung des Arbeitsministeriums noch die Formulierung "die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt" aufzufinden war, fehlt die Passage in dem überarbeiteten Entwurf vom 21. November 2012. Auch Aussagen zur Lohnentwicklung wurden offenbar gestrichen. Getilgt wur-

<sup>9</sup> Der Minijobber ist eine Frau von Alfons Frese im Tagesspiegel vom 15.12.2012

<sup>10</sup> [http://www.gesundheitberlin.de/download/nak\\_Schattenbericht\\_Sonderausgabe\\_strassenfeger\\_10-2012.pdf](http://www.gesundheitberlin.de/download/nak_Schattenbericht_Sonderausgabe_strassenfeger_10-2012.pdf)

<sup>11</sup> Jörg Schindler: Die Rüpelrepublik, Scherz Verlag Frankfurt a.M. 2012, S. 117

<sup>12</sup> Wo Armut wohnt von Rainer Woratschka im Tagesspiegel vom 21.12.2012

de etwa diese Passage: "Während die Lohnentwicklung im oberen Bereich positiv steigend war, sind die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken. Die Einkommensspreizung hat zugenommen." Diese verletze "das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung" und könne "den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden". Stattdessen heißt es nun lediglich, es sei "kritisch zu sehen", dass für manche Alleinstehende ein Vollzeitjob nicht für die Sicherung ihres Lebensunterhalts reicht. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass im unteren Lohnbereich viele Vollzeitjobs entstanden seien."<sup>13</sup>

2013 wird gewählt, man baut vor. Man kann mit Zahlen jonglieren, wie man es braucht. Fakt bleibt: „Ein Arbeiter verdient 5000 Euro, der zweite 1000, der dritte nichts. Im Durchschnitt haben sie alle 2000 Euro, im Median verdienen sie 1000. Nur in der Realität hat der Dritte immer noch: nichts!“<sup>14</sup>

## **Was ist eigentlich die Mittelschicht?**

Mittelschicht ist ein unscharfer Begriff. Auch Jesus als Sohn eines Handwerkers war Mittelschicht. Man spricht von der soziologischen Mitte und der Einkommensmitte. Bei der Ermittlung der soziologischen Mitte spielt die Bildung und Selbsteinschätzung eine Rolle. Die Einkommensmitte erodiert, wie die Bertelsmannstiftung, die Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände feststellen. Wilhelm Heitmeier hat in der zehnjährigen Studie über „Deutsche Zustände“<sup>15</sup> festgestellt, dass 90 % der Deutschen sozialen Abstieg und Armut fürchten. Das hat den Hass auf Schwache mehrheitsfähig gemacht. „Werden Konkurrenz, Wettbewerbslust und Rücksichtslosigkeit im Umgang mit Menschen untereinander zu Tugenden deklariert, dann verändert sich unversehens das vorherrschende Menschenbild einer Gesellschaft“, sagt Oskar Negt.<sup>16</sup>

Newtown in Connecticut, 90 Kilometer von New York entfernt, galt der Mittelschicht als Idylle. Die staatliche Schule war anerkannt, Gewalt weit weg. „Newtown ist ein malerisches Städtchen mit gut 27.000 Einwohnern. Es liegt im Südwesten des US-Bundes-

<sup>13</sup> <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-11/armutsbericht-bundesregierung-aenderungen> vom 28.11.2012

<sup>14</sup> <http://www.tagesspiegel.de/politik/erosion-der-mittelschicht-zwei-studien-viel-verwirrung/7518834.html> von Lutz Haverkamp 14.12.2012

<sup>15</sup> Deutsche Zustände. Folge 10. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2011

staates Connecticut und wurde 1711 gegründet. Die Bewohner sind im Durchschnitt 41 Jahre alt und wohlhabend: Das Haushaltseinkommen lag 2011 bei durchschnittlich gut 110.000 US-Dollar (etwa 84.000 Euro). New York liegt etwa hundert Kilometer entfernt. Mit einer Fläche von gut 14.000 Quadratkilometern gehört Connecticut zu den kleinsten Staaten der USA. Er ist als Standort der Werft- und Rüstungsindustrie sowie für den Anbau von Tabak, Obst und Gemüse bekannt. „<sup>17</sup> Und wieder richtete ein unauffälliger, schüchterner weißer 20-jähriger Junge ein Massaker an 20 Grundschulern und sieben Erwachsenen an, ehe er sich selbst richtete. Er stammt aus der Mittelschicht, kannte keine Armut. Allen sogenannten Amokläufern gemein ist, dass sie gesellschaftliche Außenseiter sind, suizidale Gedanken haben und Rachegefühle hegen mit der Sehnsucht nach Anerkennung. Oft können sie den ehrgeizigen Anforderungen der Eltern und der Gesellschaft nicht genügen und erweitern ihren Suizid durch spektakuläre Gewalttaten, die um die Welt gehen. Wenn wir nicht endlich lernen, dass sinnlose Wettbewerbe auf marktferne Felder übertragen, letztendlich große gesellschaftliche Schädlingwirkungen zeigen, die Bürokratie wuchern lassen, Fehlsteuerungen verursachen, professionelle Standards verdrängen und zur Ignoranz gegenüber nicht erfassbaren Qualitätsmerkmalen führen, werden wir ein Problem haben. Was machen wir mit all den Menschen, die es nicht auf die vordersten Plätze an die Spitze schaffen, die sich anstrengen und leistungsbereit sind?<sup>18</sup>

Die Mittelschicht wird nicht nur an ihrem Einkommen gemessen, das qua Definition zwischen 70 und 150 % des mittleren Einkommens liegt. Laut Statistischem Landesamt liegt 2008 das mittlere Nettoeinkommen bei 1772 Euro.

„Die Mittelschicht ist brav, bürgerlich und ein bisschen bieder. Anders gesagt: Sie ist der Garant für sozialen Frieden, ein Reservoir für Wissen und Bildung und das Immunsystem, das politische Extre-

---

<sup>16</sup> Zitiert nach <http://www.tagesspiegel.de/kultur/rempehn-ruepehn-ruecksichtslosigkeit-die-verwaerloste-gesellschaft/7528526.html> vom 17.12.2012 Rezension des Buches von Jörg Schindler Die Rüpel Republik, Frankfurt a.M. 2012 , S.19/20 aus O. Negt: Manieren. Geschichten von Anstand und Sitte aus sieben Jahrhunderten, S.36, Hrgb. Focke Museum, Heidelberg 2009

<sup>17</sup> <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/amoklauf-von-newtown-die-opfer-der-taeter-die-tatwaffen-a-873127.html> vom 15.12.2012

<sup>18</sup> Die Vermessung der sozialen Welt von Steffen Mau im Tagesspiegel vom 9.12.2012 Mau ist Professor für Politische Soziologie an der Universität in Bremen. Sein letztes Buch: Lebenschancen: Wohin driftet die Mittelschicht? Suhrkamp 2012

me minimiert.“<sup>19</sup> Sie hat den Hang, nach oben zu streben. Bleibt ihr das mehr und mehr versagt, birgt auch das sozialen Sprengstoff. Bisher wird oft grün gewählt und die Entsolidarisierung gilt. Man setzt sich besonders gern von „denen da unten ab“. Wer gerade aufgestiegen ist, sieht das besonders scharf, hat er es doch geschafft. Und so lebt das bizarre „Unterschichtenfernsehen“ davon, die Unterprivilegierten gegeneinander aufzuhetzen. Die Gegner der sozialen Aufklärung setzen auf Biologismus und können die Gesellschaft nicht mehr frei beobachten und analysieren. Sie messen ohne Ende, setzen auf Kontrolle und Drogen wie Ritalin.

### **Wohltätigkeit lindert Armut, schafft sie aber nicht ab!**

Max ist der Mann für alle Fälle. Er hat zwei Berufe gelernt, Maurer und Elektriker. Eine Zeit lang war er selbständig als das Handwerk florierte, bis er Pleite ging, Schulden machte. Er ging nach England, heiratete, lebte am Rande Londons in einem kleinen Haus und bot seine handwerklichen Fähigkeiten an. Der Deutsche war geschätzt wegen seiner zuverlässigen und soliden Arbeit. Seine Frau erkrankte, er pflegte sie bis zu ihrem Tod und kehrte nach Deutschland zurück, um hier seine kranke alte Mutter zu pflegen. Freunde halfen ihm zu legalen Papieren, einer Krankenversicherung und Entschuldung. Er arbeitete für befreundete Handwerker. Nun ist er 72 Jahre alt, die Gesundheit ist ein Jahr lang schlecht. Er verkommt und zieht sich zurück, fragt nicht mehr um Hilfe, denn er hat zuviel Vorschuss kassiert, den er nicht zurückgeben kann.

Seine Rente beträgt weniger als 400 Euro. Er lebt weiter in der elterlichen Drei-Zimmer Wohnung, die mit knapp 400 Euro sehr preiswert ist. Als Aufstocker wird er jedoch vom Jobcenter gedrängt, sich eine kleinere und billigere Wohnung zu suchen, die er nicht findet, denn der Wohnungsmarkt für Singles in der Stadt ist leer gefegt, da die Nachfrage größer als das Angebot ist. Also muss er monatlich 70 Euro dazu zahlen, dazu kommen die Stromkosten. Er benutzt nicht die öffentlichen Verkehrsmittel, sondern ist winters wie sommers mit seinem alten Drahtesel unterwegs. Ihm bleiben 250 Euro zum Leben. Natürlich hat Max mal gutes Geld verdient als

---

<sup>19</sup> Seltene Exemplare von Anna Sauerbrey im Tagesspiegel vom 16.12.2012  
<http://www.tagesspiegel.de/meinung/editorial-die-mittelschicht-vom-aussterben-bedroht/7526882.html>

er jung war und die Zukunft weit weg lag, Vorsorge war ein Fremdwort. Wer macht das schon in dem Alter? So nimmt er heute noch kleine Jobs entgegen und wird von bösen Menschen mit abgelegter Kleidung als Lohn entschädigt, wie schäbig. Wie lange kann er das noch durchhalten? Droht ihm Obdachlosigkeit? Allein in Berlin gibt es 10.000 Obdachlose, darunter ganze Familien. Alkoholranke sind längst die Minderheit unter ihnen. Dagegen stehen 5000 Übernachtungsplätze. Die Hilfeindustrie und die vielen Ehrenämter können die Not, die wächst, nicht aufhalten; sie können sie lindern. Jährlich werden 3 bis 5 Milliarden Euro von den Deutschen für Wohltätigkeit gespendet. Der Staat entzieht sich seiner Verantwortung.

### **Die Grünen und ihr soziales Gewissen**

Die Grünen, einst durchaus antikapitalistisch, gesellschaftskritisch, in Teilen auch systemkritisch, verkommen immer mehr zur Partei der Anpassung mit dem Hang zur persönlichen Karriere und zum Umstieg in die Abteilung Lobby mit größeren Gehaltserwartungen. Die Internetseite Lobbycontrol trifft eine Auswahl von Politikern, deren Namen und neue Aufgaben sie seit 2005 veröffentlicht. Sie weist unter mehr als 60 Politikern aller Parteien- bis auf die Linke- allein 8 Grüne aus, die in den Lobbyismus wechselten.<sup>20</sup> Das Original, die freien Demokraten, wird marginal, ersetzt durch die Grünen und die Piraten.

Die Frage der sozialen Gerechtigkeit hat sich mit Hartz IV verabschiedet. Die Grünen haben es unterstützt. Anfang des neuen Jahrtausends empfahl die ehemalige linke grüne Schulsenatorin in Berlin, Sybille Volkholz, ernsthaft einer Schulleiterin eine Lehrerfortbildung von 3000 Euro für das gesamte Kollegium aus eigener Tasche zu bezahlen.

Über die Wupper ging auch die Antikriegshaltung. Der Einzug in den Krieg im ehemaligen Jugoslawien wurde mit falschen Bildern emotional aufgeheizt, Stuttgart 21 wird fleißig weiter gebaut. „Die Grünen sind in Wirklichkeit ebenso gefesselt von Kapitalinteressen und von den „Sachzwängen“ des Machterhalts, wie andere bürgerliche Parteien auch, und in Aufsichtsräten, Regierungen und Parlamenten treiben sie die Ausbeutung von Mensch und Natur voran. In

---

<sup>20</sup> [http://lobbypedia.de/index.php/Seitenwechsler\\_im\\_Überblick](http://lobbypedia.de/index.php/Seitenwechsler_im_Überblick)



den 59 Jahren<sup>21</sup> ihrer Regierungsbeteiligung sind sie konservativ, mitunter reaktionär geworden, auch wenn sie gelegentlich auf der Strasse noch die Opposition geben, oft gegen Entscheidungen, die sie selbst (mit)getroffen haben.“<sup>22</sup>

## **Frauenhandel wächst**

2001 wurde durch Rot-Grün die Prostitution legalisiert, und Deutschland hat sich seitdem zum Leidwesen von Polizei und den Frauen zum El-Dorado des Frauenhandels entwickelt. Puffs in privaten Wohnungen, Laufhäuser u.ä. haben sich vervielfacht. Die Frauen kommen vorwiegend aus Osteuropa, jedoch auch aus Asien und Afrika. Frauenhandel ist nach Drogen und Waffenhandel das zweitgrößte Geschäft in der organisierten Kriminalität und die Polizei hat wenig Chancen, den Markt zurückzudrängen, geschweige denn zu kontrollieren. Nach Angaben der Polizei gibt es kein Rotlichtmilieu ohne Kontakte zur organisierten Kriminalität. In Berlin läuft im Januar 2013 gerade ein Prozess gegen zahlreiche Nigerianer wegen Frauenhandels, eine Seltenheit. Das Gesetz sollte die Prostituierten besser stellen, das Gegenteil ist eingetreten. Weniger als 1 % profitieren von den Regelungen, sind inzwischen krankenversichert, zahlen Steuern und sind vielleicht in einer Gewerkschaft. Trotzdem hält Renate Künast u.a. die Fahne hoch für ein Gesetz, das fatal wirkt.<sup>23</sup>

Auch in meinem eher bürgerlichen Kiez, in dem über Jahre auch Renate Künast lebte, haben sich in soliden Altbauhäusern aus der Jahrhundertwende in Erdgeschosswohnungen Puffs mit ausschließlich osteuropäischen Huren eingemietet. Familien zogen entsetzt weg, gaben andere Gründe vor, weil sie nicht spießig erscheinen wollten. Sie wollten jedoch ihren Kindern nichts erklären müssen, und klare Position zu beziehen war ebenso wenig angesagt. Andere gingen sich im Puff als Nachbarn vorstellen, mal hören ob Papa sich die Dienste leisten kann und welche Frau ihm gefallen könne. „Die

---

<sup>21</sup>Anm. der Verfasserin zur Verwendung der Zahl 59 in Jutta Ditfurths Buch: Seit 1976 kandidierten "Bunte Listen" für die Kommunalwahlen, seit 1979 kandidierten die Grünen mit Petra Kelly zur Europawahl und konnten mit den Wahlkampfereigniskosten die Basis für eine Bundespartei legen, die 1980 gegründet wurde. 1983 zogen die Grünen erstmals in den Deutschen Bundestag ein.

<sup>22</sup> Jutta Ditfurth : Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen, Berlin 2011

<sup>23</sup> Siehe Sendung von Günther Jauch am 16.12.2012: Tatort Rotlichtmilieu: Wie brutal ist das Geschäft mit dem Sex? Künast möchte wegen Meinungsverschiedenheiten mit Alice Schwarzer sich mit ihr nicht mehr duzen, wirft sie schnippisch in der Sendung ein und Jauch ist verwundert.

Osteuropäerinnen sind noch nicht so anspruchsvoll wie die Deutschen, die machen alles und haben Gefallen an mir. Sie hören gerne meinen Gedichtsrezitationen zu, “ schwärmt ein Privatier, ignorierend wie das Geschäftsmodell der Frauen funktioniert und was die Zuhälter den Frauen vorgeben.

In Deutschland fehlt bislang jegliche Ächtung der Freier, die Prostituierte aufsuchen und die Frau als Ware betrachten. Umso mehr sind kritische Filme zum Thema Mädchenhandel und Männerbünden wie der Tatort vom 9. und 16.12.2012 zu begrüßen.<sup>24</sup> Harmlose Versuche in manchen Stadtteilen Berlins die Autos der Freier zu fotografieren und ins Netz zu stellen, haben diese zwar verunsichert, aber nachhaltig nichts verändert. Bei uns wird man ja dienstlich noch mit Puffbesuchen vom Arbeitgeber belohnt und bestochen wie die Skandale von Wüstenrot 2010<sup>25</sup> oder Ergo<sup>26</sup> zeigen. In Ländern wie Schweden, Norwegen oder Island, in denen die Freier bei Nachweis von Prostitution bestraft werden, werden die Männer ausgelacht, die sich Frauen kaufen.

## **Die Energiewende und ihr Geschäftsmodell**

„Wenn Strom und Wärme zum „ökologisch korrekten“ Luxus werden, ist die soziale Barbarei in diesem Land wieder einen Schritt weiter.“<sup>27</sup> Auch bei der Energiewende lassen die Grünen und andere Parteien vermissen, wohin die Reise wirklich geht und wer die Zeche bezahlt. So stellen sie wohl fest, dass die Mieten explodieren, obwohl Wohnen doch ein Grundbedürfnis sei. Künast spricht gar von „Häuserkampf“. Sie beklagt die steigenden Energiepreise und setzt auf Energiesparen. Für sozial tragbar hält sie die Senkung der Modernisierungumlage von 11 auf 9 % und fordert einen Modernisierungsschub.<sup>28</sup> Inzwischen müssen bei dem Wort Modernisierung oder Reform die Alarmglocken schrillen, denn es bedeutet oft Rückschritt oder gnadenlose Profitmaximierung.

Herr M. und seine Frau wohnen seit Jahrzehnten in einer Siedlung im Süden Berlins, von der evangelischen Kirche in den 1960er Jahren erbaut, auch Pfaffensiedlung genannt. Beide sind weit über

<sup>24</sup> „Das goldene Band“ 9. und 16.12.2012 mit Maria Furtwängler, Regie Franziska Meletzky

<sup>25</sup> <http://www.news.de/wirtschaft/855252306/wuestenrot-zur-belohnung-in-den-puff/1/> vom 13.12.2011

<sup>26</sup> <http://www.news.de/wirtschaft/855182460/steuerzahler-finanziert-sexparty/1/> vom 29.5.2011

<sup>27</sup> <http://www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2012/me-single/article/wer-zahlt-die-zeche.html> von Rainer Balcerowiak ME 357/Dezember 2012

<sup>28</sup> Der neue Häuserkampf von Renate Künast im Tagesspiegel – Positionen vom 12.12.2012

80 Jahre alt und haben immer wieder in der Wohnung renoviert und auch saniert. Nun saniert die Gesellschaft und macht die Gebäude energieeffizient. Das alte Ehepaar muss für ein halbes Jahr ein Notapartment beziehen. Wegen der Unsicherheiten und Widrigkeiten erkrankt der Mann. Er bekommt Rückenschmerzen, über Wochen können die nicht gelindert werden. Die Miete steigt um sagenhafte 200 Euro. Wer soll das bezahlen? Sie müssen sich einschränken und können sich das gerade noch leisten. Die evtl. eingesparten Energiekosten können sich für sie kaum noch amortisieren, für die Wohnungsgesellschaft schon.

Künast und Parteifreunde verschweigen die Profiteure und die Zweischneidigkeit der Modernisierungsmaßnahme „Wärmedämmung“. Die Kunststoffindustrie als Teil des globalen Umwelt- und Klimaproblems poliert ihr Image kräftig auf dem Gebiet der Wärmedämmung. Der Markt für Dämmstoffe und energetischer Sanierung ist gigantisch. Die Initiative „Energieeffiziente Gebäude“ verbreitet „ihre vermeintlich selbstlosen Botschaften und lädt zu prominent besetzten Konferenzen ein. Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und Umweltminister Peter Altmeier (CDU) folgten im September 2012 der Einladung zur „BDI-Gebäude-Konferenz“, wobei Altmeier „die Schlüsselstellung des Gebäudesektors im Hinblick auf die Neuausrichtung der Energiepolitik“ betonte und „eine attraktive Investitionskulisse für energetische Sanierungen“ als Ziel der Bundesregierung hervorhob. Worte, die Dr. Matthias Hensel, der Vorsitzende der BDI-Initiative, mit Freude zur Kenntnis genommen haben dürfte. Hensel ist zugleich Geschäftsführer der LUWOG, dem Wohnungsunternehmen der BASF in Ludwigshafen. Neben der BASF finden sich mit der Bayer MaterialScience AG, dem Gesamtverband der Dämmstoffindustrie (GDI) sowie dem Forschungsinstitut für Wärmeschutz (FIW) Schwergewichte der Chemieindustrie und ihrer Lobby in der Mitgliedsliste der BDI-Initiative. Deren Interesse an der Mietrechtsänderung ist ebenso naheliegend wie ihr Wunsch nach einem positiven Image.“<sup>29</sup>

Polyurethan und Polystrol sind Marktführer aus deutscher Produktion in Europa und auf dem Weltmarkt, hergestellt u.a. von den Chemieriesen Bayer und BASF. Der Dämmstoff Neopor, einer Weiter-

---

<sup>29</sup> <http://www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2012/me-single/article/kunststoff-macht-sieger.html> von Hermann Werle ME 357/ Dezember 2012

entwicklung der BASF von Styropor, ist im Kommen. Die „Greenwash“ – Lobbyorganisationen betreiben gezielte Pressearbeit. „Diese Medienarbeit, flankiert von der Direktansprache einschließlich Sponsoring, sowie die Schularbeit bildeten auch 2011 die Eckpfeiler, die ganz wesentlich das gute Image der Kunststoffe in Deutschland stützen.“<sup>30</sup>

Die auf Erdöl basierenden Dämmstoffe haben eine angesetzte Lebensdauer von 30 Jahren. Die Entsorgung wie die Herstellung ist energieintensiv und fließt nicht in die ökologische Bilanz ein. Generell sind Einsparpotentiale bei industrialisierten Plattenbauten, allein stehenden Geschossbauten und Reihenhäusern mit großen Außenflächen zu erwarten, jedoch kaum bei Altbauten mit komplexen Fassaden.<sup>31</sup> Der Austausch von Fenstern und alten Heizungsanlagen und weniger Heizen bringt mehr Einsparungspotential als umstrittene Fassadendämmungen, die die Mietpreise nach oben treiben. So lügt die BASF in ihrer Produktwerbung für unsanierte Altbauten für Dämmung mit falschen Einsparpotentialen. Sie geben einen Jahresheizwärmebedarf von 200 bis 300 kwh/qm an. Der Altbauzustand bis 1918 soll besonders wenig effizient sein, hat aber einen durchschnittlichen Verbrauch von nur 135 bis 141 kwh/qm.<sup>32</sup> Ich wohne in einem solchen Altbau und habe mir die Jahresrechnung angeschaut. Mein Verbrauch liegt bei 135kwh/qm, energetisch unsaniert und schön, das Thermostat steht bei gesunden 20°. Die Medienkampagnen wirken jedoch. Versprochen wird eine Einsparung von bis zu 50 %.

74 % der Mieter unsanierter Häuser wünschen sich eine Wärmedämmung, auch dank der Grünen und der geschickten Medienkampagne der Chemielobby.

Die britischen Epidemiologen Kate Pickett und Richard Wilkinson haben 2009 ein spannendes Buch veröffentlicht.<sup>33</sup>

„In beeindruckender Fleißarbeit trugen die beiden Autoren statistische und ideologie-unverdächtige sozioökonomische Daten aus rund zwei Dutzend marktwirtschaftlichen Demokratien zusammen und verglichen diese miteinander. Die Ergebnisse waren verblüffend: Je

---

<sup>30</sup> ders.

<sup>31</sup> ME 357/ Dezember 2012 Interview mit dem Bauingenieur Martin Schulz: „Durch verändertes Nutzerverhalten sind Energieeinsparungen von 25 % möglich.“

<sup>32</sup> <http://www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2012/me-single/article/dicke-pullover-stricken-fuer-die-energiewende.html> von Hermann Werle ME 357/2012

<sup>33</sup> Kate Pickett/ Richard Wilkinson: Gleichheit ist Glück, Tolkemitt Verlag Berlin, 2010

ungleicher die Einkommen in einem der Staaten verteilt waren, desto größer waren in diesen Staaten die gesundheitlichen und sozialen Probleme *aller* Bürger.“<sup>34</sup> Kate Pickett sagt in einem Interview mit Jörg Schindler in der Frankfurter Rundschau:

„Nun, stellen Sie sich die Gesellschaft als eine Art Pyramide vor oder als Leiter. Je steiler man diese aufstellt, desto größer werden die Abstände zwischen den Sprossen nach unten und oben, desto entscheidender ist es also, auf welcher Stufe der Leiter Sie sich befinden. Das erzeugt Status-Ängste, Sie befinden sich in einem Wettkampf mit anderen. Und das alles wirkt sich unmittelbar auf Sie aus, auf Ihr Denken und Fühlen, auf Ihre Ängste und Ihre Gesundheit, auf Ihr Verhalten den Mitmenschen gegenüber. Der Druck lastet auf jedem, von ganz oben bis ganz unten.

*Ich dachte immer, Reiche könnten sich Sicherheit, bessere Gesundheitsvorsorge und eine Villa weit weg von allem Elend kaufen.*

Zunächst einmal: Wir wissen tatsächlich nichts über die ganz oben – die Super-Reichen. Die tauchen in keiner Statistik auf. Wovon wir in unserem Buch sprechen, ist das obere Fünftel der Einkommenspyramide. Und da gilt: In hierarchischen, individualistischen Wettbewerbs-Gesellschaften bedeutet in der Nähe des Gipfels zu sein, eben nicht ganz oben zu sein. Das löst dieselben Status-Ängste aus wie bei Leuten auf den unteren Sprossen. Wenn Sie einen Millionär fragen, warum er weitere Millionen machen will, obwohl er das Geld niemals selbst wird ausgeben können, wird er Ihnen Antworten geben, die zeigen, dass es ihm allein um seinen Status geht. Deswegen streben auch die absurd Reichen danach, noch reicher zu werden – sie wollen nicht zurückfallen.

## **Welche Folgen hat dieser Wettlauf?**

Nach unseren Erkenntnissen gibt es in reichen Demokratien mit großer Ungleichheit deutlich mehr Gewalt und Verbrechen, mehr Teenager-Schwangerschaften und mehr psychische Erkrankungen, viel mehr Fettleibige, eine sinkende Lebenserwartung, mehr Mobbing in der Schule und so weiter. Jeder Einzelne in dieser Gesellschaft ist davon betroffen. Selbst wenn Reiche sich isolieren – mit Hilfe von gated communities, geschlossenen Wohnanlagen, oder

---

<sup>34</sup> J. Schindler, a.a.O. S. 105

diesen panzerartigen Wagen, die durch unsere Straßen rollen – ist das ja nur schon ein Zeichen dafür, dass sie betroffen sind.“<sup>35</sup>

Die Politik- und Finanzelite zeigt sich weiter unbeeindruckt solange das Land ruhig bleibt. Erkennen wir hinter der Wirklichkeit die Möglichkeit, etwas zu ändern, radikal. Es gibt genug Projekte und Initiativen, die gegen die These, nur Wachstum erzeuge Wohlstand, arbeiten, sich genossenschaftlich organisieren und vieles mehr.<sup>36</sup>

### **Über die Autorin**

*Brigitte Pick (\*1946) studierte in Berlin Geschichte. Von 1969 bis 2005 war sie ohne Unterbrechung im Berliner Schuldienst tätig. 1970 wechselte sie an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und übernahm deren Leitung 1983. Seit 2005 ist sie im Ruhestand.*

### **Veröffentlichungen:**

- Pick, B. (2007): *Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen.* Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2011): *Kaktusküsse. Wer »Überflüssige« in der Schule aussortiert, darf sich über Hartz IV nicht beklagen.* Hamburg: VSA-Verlag (erschienen im Mai 2011)

### **Kontakt:**

*brigittepick@t-online.de*

©Titelfoto: sunset by tpsdave [CC0](#)

---

<sup>35</sup> ders. S.105/6 <http://www.fr-online.de/panorama/fr-interview-mit-gesundheitsforscherin--ich-waere-gluecklich--koennte-ich-mehr-steuern-zahlen-,1472782,7130994.html> vom 28.1.2011 mit Jörg Schindler

<sup>36</sup> <http://www.futurzwei.org> ist eine gemeinnützige Stiftung, die ständig über Projekte berichtet, die ökologisch, nachhaltig und genossenschaftlich organisiert sind.